



## Sessionsbericht – Sondersession Nationalrat

### *Rapport de session – Session spéciale Conseil National*

02. Mai bis 04. Mai 2017

---

Von Charles Jean-Richard, Fraktionssekretär

#### **Red Bull für die Bundesverwaltung?**

*Die Sondersession im Frühling dient dazu, die Pipeline an behandlungsreifen Geschäfte im Nationalrat zu „leeren“. Freilich ist nicht jedes behandlungsreife Geschäft auch prioritär, doch da das Parlament jenes Gremium ist, welches entscheiden muss, was sinnvoll ist und was nicht, kommen die Räte nicht darum herum, einfach alles zu behandeln, was gerade „behandlungsreif“ ist.*

*So hat der Nationalrat auch darüber debattiert, ob in der Bundesverwaltung neu nur noch Leitungswasser (statt Mineralwasser) angeboten werden soll. Das Anliegen fand keine Mehrheit. Wäre das Ergebnis anders ausgefallen, wenn der Vorstoss stattdessen Leistungswasser verlangt hätte? Prost!*

#### **1. Nationalrat für Verankerung des Sondersatzes für die Hotellerie**

Die Mehrheit des Nationalrats will den Sondersatz für Beherbergungsleistungen definitiv im Gesetz verankern. Diese Lösung setzte sich durch, mit 92 zu 89 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Der Freiburger CVP-Nationalrat Dominique de Buman hatte vor zwei Jahren die zugrundeliegende parlamentarische Initiative eingereicht. Sein Anliegen: den Sondersatz dauerhaft ins Gesetz zu schreiben. Seit dessen Einführung 1996 hat das Parlament den Sondersatz für Beherbergungsleistungen schon fünfmal verlängert. Dem Bund entgehen dadurch rund 200 Millionen Franken pro Jahr.

Die Wirtschaftskommissionen stimmten der Initiative zu. Die Vorlage, über die der Nationalrat diskutierte, sah allerdings keine dauerhafte Lösung vor. Das Steuerprivileg sollte vorerst um weitere zehn Jahre verlängert werden. Die Mehrheit der FDP Fraktion sprach sich ebenfalls für die befristete Verlängerung aus. Mittel- und längerfristig sollte es möglich sein, über den Sinn des Sondersatzes zu diskutieren, sagte Kommissionssprecherin Schneeberger. "Der Sondersatz soll als strukturpolitisches Instrument regelmässig überprüft werden und unter politischer Beobachtung bleiben." Auch der Bundesrat hatte sich für eine Befristung ausgesprochen.

In der Gesamtabstimmung hiess der Nationalrat die Vorlage mit 114 zu 62 Stimmen bei 10 Enthaltungen gut. Diese geht nun an den Ständerat.

## 2. **Parlament will nur noch tatsächliche Teuerung ausgleichen**

Für verschiedene Bundesausgaben wird seit Jahren eine nicht existierende Teuerung ausgeglichen. Das Parlament will diesem ungewollten Ausgabenwachstum nun einen Riegel schieben. Nach der kleinen Kammer hat am Donnerstag auch der Nationalrat eine Motion des Urner FDP-Ständerats Josef Dittli angenommen, mit 133 zu 55 Stimmen. Diese verlangt, dass die Teuerung grundsätzlich nur dann ausgeglichen werden kann, wenn tatsächlich eine Teuerung anfällt.

Die FDP begrüsst die Annahme, hat sie doch eine Fraktionsmotion mit gleicher Stossrichtung eingereicht. Diese wird nun zugunsten der angenommenen Motion von SR Dittli zurückgezogen.

Es besteht Handlungsbedarf. Der Bundesrat muss endlich eine zufriedenstellende Lösung vorlegen und nicht bei jedem Kredit dem Parlament den schwarzen Peter zu schieben.

## 3. **Accueil extra-familial**

Par 113 voix contre 80, le National a accepté d'examiner en détail un projet du Conseil fédéral. Il vise à déboursier 100 millions pour faciliter la conciliation entre vie privée et professionnelle. Il s'agit de la prolongation d'un programme d'impulsion lancé en 2003 a été une nouvelle fois prolongé. La conciliation entre vie privée et vie professionnelle fait partie des défis de notre société actuelle.

Il faut néanmoins rappeler que la politique familiale est l'affaire des cantons et des communes. Plusieurs propositions, PLR entre autres, avaient pour objectif de ne pas prolonger une nouvelle fois ces aides. L'autorégulation des offres d'accueil extra-familial se trouve donc à nouveau péjorée par le subventionnement de la Confédération.

## 4. **Geschäfte des Nationalrats**

**Prioritäten beim Sparen:** Der Nationalrat will dem Bundesrat Sparvorgaben machen: Sparen soll der Bund vor allem in jenen Bereichen, die stark gewachsen sind - beispielsweise bei der Bildung. Zudem soll er lieber auf bestimmte Aufgaben verzichten als überall ein wenig sparen. Mit 99 zu 84 Stimmen hat der Nationalrat am Donnerstag eine Motion seiner Finanzkommission angenommen. Stimmt der Ständerat ebenfalls zu, muss der Bundesrat das Finanzhaushaltgesetz ändern.

**OGM:** Les organismes génétiquement modifiés (OGM) avec des marqueurs résistants aux antibiotiques ne devraient pas être répandus dans le cadre de recherches. Par 132 voix contre 56, le National a refusé mercredi de suivre le Conseil des Etats et de lever cette interdiction. Par 98 voix contre 88, Le Conseil national a accepté l'introduction d'un système de surveillance centralisé visant à déceler les disséminations indésirables d'OGM et à reconnaître leurs éventuels effets sur l'environnement. Ce système favorise uniquement un excès de bureaucratie étant donné qu'il met en place un appareil de monitoring inutile étant donné que la coexistence est interdite.

**Curatelle:** Le Conseil national a adopté par 140 voix contre 6 un projet de sa commission des affaires juridiques, qui concrétise une initiative de Jean Christophe Schwaab (PS/VD). Tous les cantons ont progressivement renoncé à l'obligation. Le code civil est modifié de manière à ce qu'une personne ne pourra être nommée pour assumer la charge de curateur qu'avec son accord. Il ne suffit pas d'avoir les compétences nécessaires et d'être disponible, il faut aussi être motivé à remplir cette fonction.

**Révision:**, Le Conseil national a donné suite par 98 voix contre 72 à une initiative parlementaire de Daniela Schneeberger (PLR/BL) demandant de revoir les règles de révision des comptes pour faciliter la vie des PME. Le dossier passe au Conseil des Etats.

**Gesundheitswesen:** Der Bundesrat muss aufzeigen, wie die Mehrfachrolle der Kantone im Gesundheitswesen entflechtet werden könnte. Der Nationalrat hat ein Postulat von Ignazio Cassis (FDP/TI) mit 133 zu 54 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Cassis verlangt eine Roadmap für die Kantone. Diese nehmen Rollen in allen drei strategischen Stellen des Gesundheitswesens ein: Als Regulator, Leistungserbringer und Zahler. Das führt zwangsläufig zu Interessenkonflikten und verzerrt den Wettbewerb.

Die Kantone stehen in der Verantwortung, klare Gouvernanzstrukturen aufzubauen, damit die medizinische Versorgung optimal und zu möglichst tiefen Kosten erbracht wird. Die Roadmap des Bundesrates soll dazu beigezogen werden.

**Squat:** Le Conseil national a soutenu par 128 voix contre 57 une motion d'Olivier Feller (PLR/VD) visant à donner plus de temps aux propriétaires immobiliers pour déloger des squatters. Le Conseil fédéral s'y est opposé en vain, estimant qu'en règle générale, l'application de la loi ne pose pas de problème.

**Informatik:** Für den Umzug der Informatik eines Teils der Bundesverwaltung nach Frauenfeld hat der Nationalrat 41,2 Millionen Franken bewilligt. Notwendig wird der Umzug wegen der Zentralisierung der Rechenzentren. Dem geplanten Rechenzentrum-Verbund gehören zwei Zentren mit militärischem Vollschutz an, ein ziviles und ein gemischtes Rechenzentrum. Das militärisch-zivile Rechenzentrum wird auf dem Kasernenareal Auenfeld in Frauenfeld erstellt und heisst CAMPUS. Die Mittel für den Neubau hat der Nationalrat schon früher genehmigt. Nun wird der Umzug der Hardware und die Migration der Daten in Angriff genommen.

**Personalbremse:** Der Bundesrat muss dem Parlament Vorschläge für eine Personalbremse analog zur Ausgabenbremse vorlegen. Der Nationalrat hat mit 106 zu 83 Stimmen bei 1 Enthaltung ein Postulat von Petra Gössi (FDP/SZ) angenommen. Die FDP-Präsidentin argumentierte, die Regulierungsflut lähme die Wirtschaft. Deshalb sollte die Hürde für Regulierungen erhöht werden, die zu mehr Personal führten. Nach Gössis Vorschlag müssten solche Regulierungen künftig mit einem qualifizierten Mehr angenommen werden, also von der Mehrheit der Mitglieder jedes Rates. Finanzminister Ueli Maurer stellte sich dagegen. Er wies darauf hin, dass laufend neue Aufgaben auf die Bundesverwaltung zukämen. Die Personalkosten machten nur 8 Prozent des Budgets aus, der Anteil sei konstant.

**Mehrwertsteuer auf Billag-Gebühr:** Das Bundesgericht hatte im April 2015 entschieden, dass die Radio- und Fernsehempfangsgebühren der Billag nicht der Mehrwertsteuerpflicht unterstehen. Folglich hat der Nationalrat verlangt, dass die zu Unrecht erhobene Mehrwertsteuer auf den Gebühren zurückerstattet wird, und zwar rückwirkend auf fünf Jahre. Er hat schliesslich der Motion von Sylvia Flückiger (SVP) mit 147 zu 23 Stimmen bei 18 Enthaltungen klar zugestimmt. Die FDP hat diesen Vorstoss unterstützt und auch bereits in der Kommission die Motion [17.3266 – Rückerstattung der Billag-Mehrwertsteuer](#) ausgearbeitet.

**Kredit für den regionalen Personenverkehr:** Der regionale Personenverkehr erhält in den nächsten vier Jahren mehr Bundesgelder als vorgesehen. Wie der Bundesrat wollte eine knappe Mehrheit der FDP-Nationalräte (18:12 Stimmen) zwischen 2018 und 2021 rund 3,96 Milliarden Franken für regionale Bahn- und Buslinien ausgeben, was bereits einer Erhöhung der Mittel im Vergleich mit der aktuellen Periode entspricht. Der Nationalrat hat aber wie der Ständerat beschlossen, den Verpflichtungskredit nochmals um weitere 144 Millionen auf 4,1 Milliarden Franken zu erhöhen. Das Geschäft ist damit bereit für die Schlussabstimmungen in der Sommersession.

**Privatisierung der Swisscom:** Die weitere Liberalisierung bzw. Privatisierung der Swisscom findet im Parlament weiterhin keine Mehrheiten. Nach dem Rückzug der gleichlautenden [Motion](#) von SR Ruedi Noser im Ständerat hat nur der Nationalrat eine Motion von NR Natalie Rickli (SVP) deutlich mit 114 zu 55 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt. Die FDP hat den Vorstoss mehrheitlich zur Annahme empfohlen (15:11:4 Stimmen), weil sie der Meinung ist, dass die Swisscom ohne Mehrheitsbeteiligung

des Bundes flexibler und dynamischer im umkämpften Telekom-Markt agieren könnte. Ebenfalls zur Diskussion stand die Aufteilung der Swisscom in eine öffentliche Netzgesellschaft und eine private Dienstleistungsfirma. Das entsprechende Postulat von Balthasar Glättli (Grüne) zur Prüfung einer solchen Aufteilung, lehnte die FDP wie auch der Nationalrat aber deutlich mit 161 zu 29 Stimmen bei einer Enthaltung ab.

**Asylkosten:** Der Bund muss nicht zehn Jahre lang für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene zahlen. Der Nationalrat hat eine Motion aus dem Ständerat abgelehnt. Heute zahlt der Bund während fünf Jahren für anerkannte Flüchtlinge und während sieben Jahren für vorläufig Aufgenommene. Nach dem Willen des Ständerates sollte er künftig während zehn Jahren die vollen Kosten tragen, was zu Mehrausgaben von 400 bis 500 Millionen Franken geführt hätte. Der Nationalrat lehnte den Vorstoss des Aargauer FDP-Ständerats Philipp Müller mit 139 zu 43 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab. Die Mehrheit will die Resultate der laufenden Kostenanalyse abwarten. Für dieses Vorgehen hatte sich auch Justizministerin Simonetta Sommaruga ausgesprochen.

**Währungshilfe:** Die Schweiz soll sich weiterhin an Massnahmen zur Stabilisierung des internationalen Währungs- und Finanzsystems beteiligen können. Der Nationalrat hat den Währungshilfebeschluss verlängert und einer Gesetzesrevision zugestimmt, mit welcher die maximale Laufzeit für die Währungshilfe verlängert wird. Die Befürworter betonten, die Schweiz sei auf ein stabiles internationales Finanz- und Währungssystem angewiesen. Sie habe alles Interesse daran, im Krisenfall mitzuhelfen, einen Zusammenbruch zu verhindern. Gegen die Vorlage stellte sich die SVP. Aus ihrer Sicht schmälert die Gesetzesrevision die Unabhängigkeit der Nationalbank. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

**Polizei:** Die Schweiz soll die polizeiliche Zusammenarbeit mit Montenegro verstärken. Der Nationalrat hat oppositionslos ein entsprechendes Abkommen genehmigt. Darüber muss noch der Ständerat befinden. Das Abkommen gewährleistet laut dem Bundesrat einen besseren Informationsaustausch, verstärkt die Zusammenarbeit über Interpol, ermöglicht gemeinsame Analysen und fördert Treffen zwischen den Polizeibehörden beider Länder. Die Schweiz hat bereits ähnliche Abkommen mit dem Kosovo, Bosnien und Herzegowina, Albanien, Mazedonien und Serbien.